

## **II. Allgemeine Verwaltung**

### **Hauptsatzung**

### **vom 12.10.2001**

1. Änderung vom 09.11.2004
2. Änderung vom 16.12.2005
3. Änderung vom 18.12.2006
4. Änderung vom 13.05.2008
5. Änderung vom 08.12.2009
6. Änderung vom 17.02.2010
7. Änderung vom 24.06.2010
8. Änderung vom 17.06.2014
9. Änderung vom 03.02.2017

## **Präambel**

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i.V. mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchst. f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der zurzeit gültigen Fassung (SGV.NRW.2023) hat der Rat der Stadt Linnich am 24.04.2008 mit Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder die folgende Satzung zur 5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Linnich beschlossen:

### **§ 1 - Name, Bezeichnung, Gebiet**

(1) Die Stadt Linnich besteht seit dem Jahre 1392.

Die Stadt Linnich erfüllt in ihrem Gebiet in eigener Verantwortung alle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nicht durch Gesetz ausdrücklich anderen Stellen übertragen sind.

(2) Gemäß Gesetz zur kommunalen Neugliederung von Gemeinden des Landkreises Jülich vom 10.06.1969 wurden die früher selbständigen Gemeinden Boslar, Ederen, Gereonsweiler, Gevenich, Glimbach, Kofferen, Hottorf, Körrenzig, Rurdorf, Tetz und Welz in die Stadt Linnich eingegliedert. Weiter wurde eingegliedert aufgrund des Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Aachen vom 14.12.1971 die früher selbständige Gemeinde Floßdorf.

(3) Das Stadtgebiet umfasst 65,46 qkm.

### **§ 2 - Siegel, Wappen und Flaggen**

(1) Die Stadt führt ein Dienstsiegel mit dem Stadtwappen mit der Beschriftung Stadt Linnich. Das Dienstsiegel der Stadt gleicht in Form und Größe dem dieser Hauptsatzung beigeprägten Siegel.

(2) Das Stadtwappen zeigt oben in Gold den schreitenden schwarzen Löwen von Jülich; unten ist in Rot und Gold geschacht.

(3) Die Stadt Linnich führt eine Stadtflagge mit den Farben "Schwarz-Gelb" mit dem Stadtwappen im Mittelfeld.

### **§ 3 - Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder**

(1) Der Rat führt die Bezeichnung "Rat der Stadt Linnich".

(2) Die Mitglieder des Rates führen die Bezeichnung "Stadtverordneter". Weibliche Ratsmitglieder führen die Bezeichnung in der weiblichen Form.

### **§ 3 a - Rechte und Pflichten der Stadtverordneten und der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger**

(1) Die Stadtverordneten und die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger haben die Vorschriften der Gemeindeordnung über die Verschwiegenheitspflicht, die Treuepflicht und über die Mitwirkungsverbote zu beachten. Verstöße gegen die Verschwiegenheitspflicht können mit einem Ordnungsgeld geahndet werden (§§ 30 bis 32 GO NRW).

(2) Die Stadtverordneten und die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger müssen gem. § 43 GO NRW dem Bürgermeister Auskünfte über ihre wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse geben, soweit das für die Ausübung ihrer Tätigkeit von Bedeutung sein kann. Die Auskunft erstreckt sich

1. bei unselbständiger Tätigkeit auf die Angabe des Arbeitgebers (Branche) und die eigene Funktion bzw. dienstliche Stellung,
2. bei selbständiger Tätigkeit auf die Art der Tätigkeit oder des Gewerbes mit Angabe der Firma oder auf die Bezeichnung des Berufszweiges,
3. auf vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten als Mitglied eines Vorstandes, Aufsichtsrates, Verwaltungsrates, sonstigen Organs oder Beirats einer Gesellschaft, Genossenschaft, eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens oder einer Körperschaft, Stiftung und Anstalt des öffentlichen Rechts.

Änderungen sind dem Bürgermeister unverzüglich mitzuteilen.

Name, Anschrift, der ausgeübte Beruf sowie andere vergütete und ehrenamtliche Tätigkeiten können veröffentlicht werden (§ 43 GO NRW). Die Auskünfte über die wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse sind vertraulich zu behandeln. Nach Ablauf der Wahlperiode sind die gespeicherten Daten ausgeschiedener Mitglieder über ihre wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse zu löschen.

### **§ 4 - Einteilung des Stadtgebietes in Ortschaften**

(1) Das Stadtgebiet wird in folgende Ortschaften eingeteilt: Boslar, Ederen, Floßdorf, Gereonsweiler, Gevenich, Glimbach, Hottorf, Kofferen, Körrenzig, Linnich, Rurdorf, Tetz und Welz. Die räumliche Abgrenzung ergibt sich aus der als Anlage beigefügten Karte, die Bestandteil dieser Satzung ist.

(2) Für jede Ortschaft wird vom Rat ein Ortsvorsteher gewählt. Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlzeit des Rates. Er muss in der Ortschaft, für die er bestellt wird, wohnen.

(3) Der Ortsvorsteher hat die Belange seiner Ortschaft gegenüber dem Rat wahrzunehmen. Im Rahmen dieser Aufgabe ist er jederzeit berechtigt und verpflichtet, Wünsche, Anregungen und Beschwerden aus seiner Ortschaft aufzugreifen und an den Rat oder an den für die Entscheidung der Angelegenheit zuständigen Ausschuss weiterzuleiten. Der Rat bzw. der Ausschuss sollen den Ortsvorsteher vor der Entscheidung über Angelegenheiten, die Belange der Ortschaft berühren, hören. Die Anhörung kann sowohl schriftlich als auch mündlich erfolgen. Sie soll mündlich erfolgen, wenn der Ortsvorsteher in einer Angelegenheit dem Rat Wünsche, Anregungen oder Beschwerden vorgetragen hat.

(4) Zur Abgeltung des ihm durch die Wahrnehmung seiner Aufgaben entstehenden Aufwandes erhält er eine monatliche Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung. Daneben steht dem Ortsvorsteher Ersatz des Verdienstausfalls nach Maßgabe des § 39 Abs. 7 Satz 7 i.V. m. § 45 Abs. 1 GO NRW zu. Ebenso steht ihm ein Anspruch auf Freistellung nach Maßgabe des § 44 GO NRW zu.

(5) Der Bürgermeister ist berechtigt, den Ortsvorsteher in geeigneten Fällen für den Bereich seiner Ortschaft mit der Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben und Verpflichtungen zu beauftragen.

## **§ 5 - Bezeichnung von Stadtteilen in Personenstandsbüchern und -urkunden**

Für die Bezeichnung in Personenstandsbüchern und -urkunden werden für die Stadt die in § 4 Abs. 1 genannten Ortschaftsbezeichnungen als Stadtteilbezeichnungen festgelegt.

## **§ 6 - Ausschüsse**

Die Bildung der Ausschüsse, die Anzahl der Mitglieder und die Zuständigkeiten der Ausschüsse regeln sich aus der vom Stadtrat als Anlage zu beschließenden Zuständigkeitsordnung.

### **§ 6 a - Generationenbeirat**

Zur Wahrnehmung der besonderen Belange der Jugend, Familien und Seniorinnen und Senioren der Stadt wird ein Generationenbeirat gebildet. Näheres regeln die Satzung über die Bildung eines Generationenbeirates der Stadt Linnich und die Wahlordnung.

## **§ 7 - Dringlichkeitsentscheidungen**

Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses oder des Bürgermeisters mit einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 1 und 2 GO NRW) bedürfen der Schriftform. Bei Verhinderung des Bürgermeisters ist der allgemeine Vertreter zuständig.

## **§ 8 - Bürgermeister**

(1) Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf den Bürgermeister übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält. Nähere Einzelheiten sind in der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse der Stadt Linnich festgelegt.

(2) Im übrigen hat der Bürgermeister nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind.

(3) Der Bürgermeister trägt bei feierlichen Anlässen eine Amtskette.

## **§ 9 - Vertretung im Amt**

Es wird ein(e) hauptamtliche(r) Beigeordnete(r) gewählt. Der Beigeordnete ist allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters.

## **§ 10 - Zuständigkeiten**

(1) Der Rat entscheidet über die ihm gem. § 41 Abs. 1 Buchstaben a) bis t) GO NRW vorbehaltenen und ihm an anderen Stellen der GO zur ausschließlichen Entscheidung zustehenden Aufgaben.

(2) Die Ausschüsse sind neben der Vorberatung der dem Rat vorbehaltenen Aufgaben unbeschadet der gesetzlichen Regelungen entscheidungsbefugt für die übrigen Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches, soweit nicht der Bürgermeister zuständig ist.

(3) Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen

a) Der Rat macht von der Ermächtigung des § 73 Abs. 3 Satz 2 GO NRW Gebrauch und bestimmt, dass für Bedienstete in Führungspositionen Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis eines Bediensteten zur Stadt verändern, durch den Rat im Einvernehmen mit dem Bürgermeister zu treffen sind, soweit gesetzlich und in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.

b) Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, so kann der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen.

c) Als Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis eines Bediensteten zur Stadt verändern, gelten insbesondere Ernennungen (Einstellung, Anstellung und Beförderung von Beamten, Umwandlung des Beamtenverhältnisses, Übernahme aus dem Angestellten- in das Beamtenverhältnis), Entlassungen von Beamten sowie der Abschluss von Arbeitsverträgen, Höhergruppierung und Kündigung von Arbeitsverhältnissen mit Beschäftigten.

d) Bedienstete in Führungsfunktionen sind Leiter von Organisationseinheiten, die dem Bürgermeister oder einem anderen Wahlbeamten oder diesem in der Führungsfunktion vergleichbaren Bediensteten (Dezernent) unmittelbar unterstehen. Als solche gelten insbesondere Leiterinnen oder Leiter von Fachbereichen, mit Ausnahme von Bediensteten mit Aufgaben eines persönlichen Referenten oder Pressereferenten.

(4) Der Bürgermeister ist neben den Geschäften der laufenden Verwaltung zuständig für

a) - die Vergabe von Aufträgen, Lieferungen und Leistungen im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel bis zur Höhe von 20.000 €, - Auftragsvergaben an den Mindestfordernden nach erfolgter Ausschreibung gem. Vergaberichtlinien;

b) über- und außerplanmäßige Ausgaben sind gem. § 83 GO NRW nicht erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 20.000 € nicht übersteigen; im übrigen sind Beträge über 2.000 € dem Rat zur Kenntnis zu bringen;

c) Geldforderungen der Stadt bis zur Höhe von 5.000 € aus Billigkeitsgründen zu erlassen oder vorbehaltlich späterer Geltendmachung niederzuschlagen;

d) Geldforderungen der Stadt bis zur Höhe von 20.000 € zu stunden. Die Stundung darf nicht länger als 18 Monate gelten;

e) Klage vor Gericht zu erheben, sofern der Streitwert 5.000 € nicht übersteigt;

f) gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche über Forderungen bis zu 5.000 € abzuschließen.

### **§ 10a - Entscheidung über die Leistung unerheblicher über- und außerplanmäßiger Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen**

Der Kämmerer ist berechtigt, über die Leistung unerheblicher über- und außerplanmäßiger Ausgaben gemäß § 83 GO NRW und über die Leistung unerheblicher über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen gem. § 85 Abs. 1 Satz 2 GO NW in Verbindung mit § 83 Abs. 1 Satz 3 und 4 GO NW zu entscheiden. Unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben und über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen sind solche, welche im Einzelfall den Betrag von 20.000 € nicht übersteigen.

### **§ 11 - Aufwandsentschädigung, Verdienstausfallersatz**

(1) Die Mitglieder des Rates erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages nach Maßgabe der EntschVO.

(2) Sachkundige Bürger, sowie deren Stellvertreter und sachkundige Einwohner erhalten für die Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der EntschVO. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 12 Sitzungen im Jahr beschränkt.

(3) Rats- und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls, der ihnen durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der regelmäßigen Dienstzeit erforderlich ist. Die regelmäßige Arbeitszeit ist individuell zu ermitteln; dies gilt auch für die Hausarbeit im Sinne von d). Der Anspruch besteht auch für maximal 8 Arbeitstage je Wahlperiode im Falle der Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen, die der Mandatsausübung förderlich sind. Der Verdienstausfall wird für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist. Der Anspruch wird wie folgt abgegolten:

a) Alle Rats- und Ausschussmitglieder erhalten einen Regelstundensatz, es sei denn, dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben. Der Regelstundensatz wird auf 8,84 € festgesetzt.

b) Unselbständigen wird im Einzelfall der den Regelstundensatz übersteigende Verdienstausfall gegen entsprechenden Nachweis, z.B. durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers, ersetzt.

c) Selbständige können eine besondere Verdienstausfallpauschale je Stunde erhalten, sofern sie einen den Regelsatz übersteigenden Verdienstausfall glaubhaft machen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.

d) Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach SGB XI ist oder einen Haushalt mit mindestens 3 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt bis 19.00 Uhr mindestens den Regelstundensatz. Auf Antrag werden statt des Regelstundensatzes die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.

e) Entgeltliche Kinderbetreuungskosten, die außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit aufgrund der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt notwendig werden, werden auf Antrag in Höhe der nachgewiesenen Kosten erstattet. Kinderbetreuungskosten werden nicht erstattet bei Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, besondere Umstände des Einzelfalls werden glaubhaft nachgewiesen.

f) In keinem Fall darf der Verdienstausfallersatz den in der Entschädigungsverordnung festgelegten Betrag überschreiten.

g) Stellvertretende Bürgermeister nach § 67 Abs. 1 GO NRW und Fraktionsvorsitzende - bei Fraktionen mit mindestens acht Mitgliedern auch ein stellvertretender Vorsitzender, mit mindestens 16 Mitgliedern auch 2 stellvertretende Vorsitzende und mit mindestens 24 Mitgliedern auch 3 stellvertretende Vorsitzende - erhalten neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 GO NRW zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach § 46 GO NRW i. V. m. der EntschVO.

Von der Regelung, wonach Vorsitzende von Ausschüssen des Rates grundsätzlich eine zusätzliche Aufwandsentschädigung nach § 46 Satz 1 Nr. 2 GO NRW i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 6 EntschVO erhalten, werden keine weiteren Ausschüsse ausgenommen.

h) Nach § 56 Abs. 3 GO NRW gewährt die Stadt den Fraktionen, Gruppen und einzelnen Ratsmitgliedern aus Haushaltsmitteln Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung.

Sie betragen:

- a) je Fraktion 76,70 € als Grundbetrag zuzüglich 20,60 € je Fraktionsmitglied,
- b) je Gruppe 78,60 € und
- c) je Ratsmitglied, das keiner Gruppe oder Fraktion angehört 39,30 €.

Die Fraktionen legen jährlich bis zum 31.01. für das Vorjahr einen Verwendungsnachweis vor.

Den Fraktionen wird darüber hinaus ein Raum incl. Mobiliar und Telefon zur Verfügung gestellt.

## **§ 12 - Gleichstellung von Frau und Mann**

(1) Der Bürgermeister bestellt eine hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte und eine Stellvertreterin. Die Gleichstellungsbeauftragte soll mit mindestens 10 Wochenstunden für den Bereich Gleichstellung tätig sein.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Stadt mit, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und

Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben. Dies sind insbesondere soziale, organisatorische und personelle Maßnahmen einschließlich Stellenausschreibungen, Auswahlverfahren und Vorstellungsgespräche; die Gleichstellungsbeauftragte hat federführend die Aufstellung und Änderung des Frauenförderplans sowie die Erstellung des Berichts über die Umsetzung des Frauenförderplans durchzuführen.

(3) Der Bürgermeister unterrichtet die Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gem. Abs. 2 rechtzeitig und umfassend.

(4) Die Gleichstellungsbeauftragte kann, soweit Beratungsgegenstände ihres Aufgabenbereiches behandelt werden, an Sitzungen des Verwaltungsvorstands, des Rates und seiner Ausschüsse teilnehmen. Ihr ist auf Wunsch das Wort zu erteilen. Sie kann die Öffentlichkeit über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches unterrichten. Hierüber ist der Bürgermeister vorab zu informieren. Die Gleichstellungsbeauftragte hat ein unmittelbares Vortragsrecht bei der Dienststellenleitung. Ihr ist Gelegenheit zur Teilnahme an allen Besprechungen ihrer Dienststelle zu geben, die Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches betreffen. Dies gilt auch für Besprechungen nach § 63 des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) in der zurzeit gültigen Fassung (SGV.NRW.2035). Die Gleichstellungsbeauftragte nimmt ihre Aufgabe als Angehörige der Dienststelle wahr. Dabei ist sie von fachlichen Weisungen frei.

(5) Die Vorlagen und Vorinformationen zu Beratungsgegenständen, die den übrigen Rats- bzw. Ausschussmitgliedern zugesandt werden, sind spätestens gleichzeitig auch der Gleichstellungsbeauftragten zuzuleiten, sofern Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches in Frage stehen.

(6) Die Gleichstellungsbeauftragte kann in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, den Beschlussvorlagen des Bürgermeisters widersprechen; in diesem Fall hat der Bürgermeister den Rat zu Beginn der Beratung auf den Widerspruch und seine wesentlichen Gründe hinzuweisen.

### **§ 13 - Unterrichtung der Einwohner**

(1) Der Rat hat die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt zu unterrichten. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (z.B. Hinweis im Internet, in der örtlichen Presse, öffentliche Anschläge, schriftliche Unterrichtung aller Haushalte, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) entscheidet der Rat von Fall zu Fall.

(2) Zu Beginn einer jeden Ratssitzung findet eine Bürgerfragestunde statt.

(3) Eine Einwohnerversammlung soll insbesondere stattfinden, wenn es sich um Planungen oder Vorhaben der Stadt handelt, die die strukturelle Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Stadtgebietes beschränkt werden.

(4) Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt alle Einwohner durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung für die Einberufung des Rates festgelegten Ladungsfristen gelten entsprechend. Der Bürgermeister führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet der Bürgermeister die Einwohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung bzw. des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Ratsmitgliedern aller Fraktionen und dem Bürgermeister zu erörtern. Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Der Rat ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.

(5) Die dem Bürgermeister aufgrund der Geschäftsordnung obliegende Unterrichtungspflicht bleibt unberührt.

## **§ 14 - Anregungen und Beschwerden**

(1) Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Stadt Linnich fallen.

(2) Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Linnich fallen, sind vom Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Der Antragsteller ist hierüber zu unterrichten.

(3) Eingaben von Bürgern, die weder Anregungen oder Beschwerden zum Inhalt haben (z.B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.), sind ohne Beratung vom Bürgermeister zurückzugeben.

(4) Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden i.S. von Abs. 1 bestimmt der Rat den Hauptausschuss.

(5) Der für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach Abs. 4 zuständige Ausschuss hat diese inhaltlich zu prüfen. Danach überweist er sie an die zur Entscheidung berechnigte Stelle. Bei der Überweisung kann er Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnigte Stelle nicht gebunden ist.

(6) Das Recht des Rates, die Entscheidung einer Angelegenheit, die den Gegenstand einer Anregung oder Beschwerde bildet, an sich zu ziehen (§ 41 Abs. 2, 3 GO NRW), bleibt unberührt.

(7) Dem Antragsteller kann aufgegeben werden, Anregungen oder Beschwerden in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Anzahl einzureichen. Die Beratung kann in diesen Fällen bis zur Einreichung der notwendigen Unterlagen ausgesetzt werden.

(8) Von einer Prüfung von Anregungen und Beschwerden soll abgesehen werden, wenn

a) der Inhalt einen Straftatbestand erfüllt,

b) gegenüber bereits geprüften Anregungen oder Beschwerden kein neues Sachvorbringen vorliegt.

(9) Der Antragsteller ist über die Stellungnahme des nach Abs. 4 zuständigen Ausschusses durch den Bürgermeister zu unterrichten.

## **§ 15 - Genehmigung von Rechtsgeschäften**

(1) Verträge der Stadt mit Mitgliedern des Rates oder der Ausschüsse sowie mit dem Bürgermeister und den leitenden Dienstkräften der Stadt bedürfen der Genehmigung des Rates.

(2) Keiner Genehmigung bedürfen:

a) Verträge, die auf der Grundlage feststehender Tarife abgeschlossen werden,

b) Verträge, denen der zuständige Ausschuss auf der Grundlage einer von der Stadt vorgenommenen Ausschreibung zugestimmt hat,

c) Verträge, deren Abschluss ein Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 41 Abs. 3 GO NRW) darstellt.

(3) Leitende Dienstkräfte i.S. dieser Vorschrift sind der Bürgermeister und der Beigeordnete.

## **§ 16 - Öffentliche Bekanntmachung**

(1) Das Verfahren und die Form bei der öffentlichen Bekanntmachung von Satzungen richten sich gem. § 7 Abs. 5 GO NRW, soweit nicht Bundes- oder Landesrecht hierüber besondere Regelungen enthalten, nach der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung -BekanntmVO-) in der zurzeit gültigen Fassung (SGV.NRW.2023).

(2) Die für die öffentliche Bekanntmachung von Satzungen geltenden Bestimmungen § 7 Abs. 4 und 5 GO NRW finden auch bei den nach der Gemeindeordnung oder anderen Rechtsvorschriften vorgeschriebenen sonstigen öffentlichen Bekanntmachungen sinngemäß Anwendung, soweit nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist.

(3) Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden durch Anschlag an der Bekanntmachungstafel auf dem Vorplatz des Rathauses für die Dauer von mindestens einer Woche vollzogen, wobei gleichzeitig durch das Internet ([www.linnich.de](http://www.linnich.de)) auf den Anschlag hinzuweisen ist.

(4) Der wesentliche Inhalt der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Rates wird durch das Internet oder die Presse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, soweit nicht im Einzelfall etwas anderes beschlossen wird.

(5) Zeit, Ort und Tagesordnung der Rats- und Ausschusssitzungen werden durch Aushang an der Bekanntmachungstafel auf dem Vorplatz des Rathauses und im Internet bekanntgemacht.

(6) Ist eine öffentliche Bekanntmachung in der in Abs. 3 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so erfolgt die Bekanntmachung

ersatzweise durch Verteilung von Flugblättern an die Haushalte innerhalb des Stadtgebietes Linnich.

### **§ 17 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

## **Bekanntmachungsanordnung:**

Die vorstehende Satzung zur 5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Linnich vom 12.10.2001 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Satzungsbeschlusses nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Witkopp